

Norbert Greinacher
Praxis des politischen
Engagements der
christlichen Gemeinde

1. Politisches Mandat der christlichen Gemeinde?

Die Frage nach einem politischen Mandat der christlichen Gemeinde stellt sich in den verschiedenen gesellschaftlichen Situationen jeweils neu und anders. Idealtypisch könnte man dabei vor allem drei Fälle unterscheiden. Zum einen gibt es die mehr oder weniger stark volksgemeinschaftlich geprägte Situation vor allem in den westeuropäischen Ländern, wo die Kirchen in der Vergangenheit und zum Teil heute noch oft eine Verbindung mit dem politischen Establishment bzw. bestimmten politischen Parteien eingingen. In einer solchen Situation gibt es Tendenzen, diese Verbindung von «Thron und Altar» zu lösen, eine «Arbeitsteilung» vorzunehmen und die christliche Gemeinde aus dem politischen Leben völlig fernzuhalten.

Zum andern ist an die Situation in den östlichen sozialistischen Ländern zu denken, in denen das politische Regime darüber wacht, daß die Kirche sich nicht politisch betätigt, es sei denn, sie unterstützte die Politik der Einheitspartei. In solchen Situationen ergibt sich manchmal auch eine merkwürdige Interessenkonvergenz zwischen Partei- und Kirchenleitung, systemkritische Gedanken und Bewegungen im Keim zu ersticken.

Wieder anders ist die Situation in den Entwicklungsländern, wo sich vor allem die Frage stellt, welche Haltung die christliche Gemeinde gegenüber den emanzipatorischen Bewegungen in der Gesellschaft einnehmen soll: Unterstützung derjenigen politischen Kräfte, die den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Status quo stabilisieren oder Engagement in revolutionären Bewegungen?

Diese sehr grobe Skizze sollte uns vor Augen führen, auf welcher vielgestaltigen Weise sich die Frage nach dem politischen Mandat der christlichen Gemeinde stellt, die evidenterweise in den verschiedenen Situationen sehr verschieden beantwortet werden muß.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei hier noch einmal an das erinnert, was bereits in dem

Editorial angedeutet wurde, daß nämlich der Begriff politisch hier in seinem ursprünglichen, sehr weiten Sinne verstanden wird, sich also nicht nur auf den Bereich des Staates und der staatlichen Ordnung bezieht, sondern darüber hinaus auf den ganzen Bereich der Gesellschaft. In diesem weiten Sinne hatte Jesus von Nazareth, wie González-Ruiz in diesem Heft aufzeigt, eine politische Relevanz. In diesem Sinne kam auch der christlichen Gemeinde in der Geschichte schon immer eine politische Bedeutung zu. Auch heute ist die christliche Gemeinde immer politisch relevant, ob sie es will oder nicht, einfach deshalb, weil sie eine gesellschaftliche Größe darstellt.

Daß aber der christlichen Gemeinde nicht nur de facto eine politische Bedeutung zukommt, sondern daß sie von ihrem eigenen Selbstverständnis her auch eine solche Bedeutung haben soll, darauf hat die neuere politische Theologie mit Recht hingewiesen und wird an anderer Stelle dieses Heftes dargelegt. Lenin steht in der Hegelschen Tradition und hat recht, wenn er schreibt: «Eine abstrakte Wahrheit gibt es nicht, die Wahrheit ist stets konkret.»¹ Dies gilt auch für die Wahrheit des Christentums. Zentrale Werte, die sich aus dem Verhalten und den Worten des Jesus von Nazareth und aus der biblischen Botschaft ergeben wie Nächstenliebe, Friede, Versöhnung und Gerechtigkeit können weder individualistisch, privatistisch oder spiritualistisch noch rein eschatologisch noch rein abstrakt und theoretisch verstanden werden. Sie erfordern eine konkrete Verwirklichung im Hier und Heute, ohne darin völlig aufzugehen.

Der christlichen Gemeinde, die sich Jesus Christus und seiner Botschaft verpflichtet weiß, in seiner Nachfolge steht und sich um eine christliche Orthopraxis bemühen will, kommt ein politisches Mandat zu. Die entscheidende Frage aber lautet, wie dieses politische Mandat zu verwirklichen ist.

2. Parteilichkeit der christlichen Gemeinde

Politik kann nicht um der Politik willen betrieben werden. Das politische Engagement der christlichen Gemeinde hat bestimmten Zielvorstellungen zu dienen. Was Jesus im Hinblick auf die kultischen Vorschriften sagte, gilt auch für das politische Engagement: Politik ist um des Menschen willen da, nicht soll der Mensch der Politik geopfert werden (vgl. Mk 2, 27). Sinn und Ziel des politischen Engagements ist die Vermenschlichung der gesellschaftlichen Wirklichkeit, die Überwindung der vielfältigen Entfremdung des Menschen. Wenn es

um den Menschen geht, um sein Heil und Glück, dann kann es für die christliche Gemeinde keine Neutralität geben, die nur einer Fortdauer des Unrechtes gleichkommt. Verhalten und Worte Jesu zeigen, daß es für die christliche Gemeinde eine notwendige Parteilichkeit für den Menschen, für seine Freiheit und Menschenwürde gibt.

In dieser allgemeinen Zielsetzung werden sich die Christen mit allen Menschen guten Willens einig wissen. Für den Christen und die christliche Gemeinde tritt aber in der Nachfolge Christi eine besondere Art der Parteilichkeit hinzu, das besondere Eintreten für den abgeschrieben und verachteten Menschen. Jesus ergreift vor allem Partei für die Menschen, die in leibliche und seelische Not geraten sind. Er will, daß den Armen, Hungernden und Weinenden, den Verhaßten, den Verstoßenen, Geschmähten und Ausgeschlossenen geholfen wird (vgl. Lk 6, 20–23).

Das politische Engagement der christlichen Gemeinde hat dieser von Jesus vorgezeichneten Linie zu folgen. Sie hat immer und überall Partei zu ergreifen für den Menschen, vor allem aber für den zu kurz Gekommenen. Stellvertretend für die oft aus Verbitterung, Not, Elend oder Gewalt zum Schweigen verurteilten, leidenden Menschen hat sie ihre Stimme zu erheben für die Rechte dieser Menschen. Der Gottesdienst der christlichen Gemeinde besteht wesentlich in diesem Menschendienst: «Denn wer seinen Bruder nicht liebt, den er gesehen hat, kann Gott nicht lieben, den er nicht gesehen hat» (1 Jo 4, 20). Es gilt aber auch umgekehrt, daß die Besinnung auf Gott, der Gottesdienst, dem Menschen zugute kommt, weil dadurch Ideologien entlarvt, «Mächte und Gewalten» relativiert, Götzen und Idole entmachtet werden.

Parteilichkeit in dem hiergemeinten Sinne bedeutet nicht – von besonderen Grenzfällen abgesehen – die Unterstützung einer bestimmten politischen Partei durch die christliche Gemeinde. Parteilichkeit der christlichen Gemeinde für die notleidenden Menschen wird sich kritisch mit allen gesellschaftlichen Kräften auseinandersetzen haben, die Menschen für sich vereinnahmen wollen, die über Menschen herrschen wollen, anstatt ihnen zu größerer Freiheit und Menschlichkeit zu verhelfen. Es muß der christlichen Gemeinde darum gehen, «alle Verhältnisse zu ändern und umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist», Verhältnisse, die man nicht besser schildern kann als durch den Ausruf eines Franzosen bei einer projektierten

Hundesteuer: «Arme Hunde! Man will euch wie Menschen behandeln!»,² wie Karl Marx schreibt.

Wie verträgt sich diese Parteilichkeit der christlichen Gemeinde mit ihrem Auftrag, für alle da zu sein? Indem Jesus um der Menschlichkeit willen sich an die Seite der Marginalisierten stellt, ergreift er Partei für den Menschen schlechthin. Um den Menschen geht es ihm, um sein Heil, um seine neue Identitätsfindung, um seine Befreiung und Erlösung. Wenn deshalb die christliche Gemeinde sich besonders einsetzt für die Unterprivilegierten, dann geht es auch ihr zentral um die Rettung des Menschen, um die Überwindung der Menschlichkeiten zugunsten einer größeren Menschlichkeit. Damit ist aber allen Menschen, nicht nur den Notleidenden, ein Dienst erwiesen. Völlig richtig heißt es deshalb in der Dokumentation des peruanischen Episkopates «Für eine gerechte Welt»: «Für die Kirchengemeinschaft Perus bedeutet dies, in einem persönlichen und gemeinschaftlichen Engagement für die Unterdrückten und Ausgestoßenen einzutreten. Dieses Engagement schließt keinen Menschen von unserer Liebe aus. Uns für die vielfältig Unterdrückten zu engagieren, ist für uns eine wirksame Form der Liebe zu denen, die vielleicht unbewußt gerade durch ihre Rolle als Unterdrückter selbst Unterdrückte sind.»³

Diese grundlegende Zielvorstellung für das politische Engagement der christlichen Gemeinde entbindet sie aber in keiner Weise davon, kurz- und mittelfristige Ziele festzulegen, die auf das umfassende Ziel, die Befreiung des Menschen hingebunden sind. Diese kurz- und mittelfristigen Ziele können nicht ein für alle Male bestimmt werden. Sie sind immer wieder im gemeinsamen Bemühen zu finden. Davon wird noch die Rede sein. Werden solche Nahziele absolut gesetzt, dann verfällt ein solches absolutes Zieldenken leicht der Gefahr eines totalitären Denkens und Handelns. Der Mensch, dem das Engagement dienen soll, wird um des Engagements willen von neuem sich selbst entfremdet oder gar geopfert. Zumindest besteht die Gefahr, daß ein solches Denken in apokalyptischen Schemata zur Stabilisierung der augenblicklichen Entfremdung des Menschen beiträgt.

3. Verbindlichkeit des politischen Engagements

Hier aber spätestens stellt sich die Frage nach der Verbindlichkeit des politischen Engagements der christlichen Gemeinde: Ergibt sich das politische Tun der Gemeinde aus der christlichen Botschaft und ist damit verbindlich für alle Gemeinde-

glieder? Oder beruht es auf der Beurteilung der konkreten Situation, ist damit dem Irrtum unterworfen und für kein Gemeindeglied verbindlich?

Um diese Frage zu klären, werden wir nach den Kriterien zu fragen haben, an denen das Engagement der christlichen Gemeinde sich ausrichtet. Zweierlei Arten von Kriterien stehen der christlichen Gemeinde zur Verfügung. Auf der einen Seite die Maßstäbe, die Impulse und Motivationen, die Jesus selbst durch sein Verhalten und Reden gegeben hat. Etwas formelhaft ausgedrückt kann man dies die Sache Jesu nennen. Auf der anderen Seite gibt es die Kriterien, die sich aus einer sorgfältigen Analyse der gesellschaftlichen Situation ergeben.

Beide Arten von Kriterien sind notwendige Voraussetzungen für das politische Engagement der christlichen Gemeinde. Ohne eine vertiefte Kenntnis der Sache Jesu, ohne eine immer erneuerte Auseinandersetzung mit Leben, Werk, Worten, Tod und Auferweckung Jesu und deren Tradierungsgeschichte verrät sich die Gemeinde an ihrem Herrn. Ohne die notwendige Sachkenntnis der sozialen, wirtschaftlichen, politischen Situation läuft jede politische Aktion ins Leere und droht ins Gegenteil umzuschlagen: Statt den Menschen zu helfen, wird ihre Situation verschlimmert. Ein noch so gut gemeintes politisches Engagement kann deshalb einer so objektiv und so gründlich wie möglichen Analyse sowohl der Situation vom Ort wie auch der gesamtgesellschaftlichen Situation nicht entbehren.

Dabei wäre es falsch, Strategie und Taktik des politischen Engagements rein deduktiv von der Sache Jesu supranaturalistisch ableiten zu wollen. Die neutestamentliche Botschaft bietet eben nun einmal kein fertiges politisches Programm für die heutige Zeit. Ebenso falsch wäre es, die politische Aktion nur aus der Analyse der gegenwärtigen Situation ableiten zu wollen. Damit wäre die Gefahr gegeben, sich nur im Rahmen des bestehenden Systems zu bewegen. Die richtige Lösung ist vielmehr in der Richtung dessen zu suchen, was Paul Tillich die Methode der Korrelation genannt hat. Diese «sucht die Fragen, die in der Situation enthalten sind, mit den Antworten, die in der Botschaft enthalten sind, in Korrelation zu bringen. Es leitet die Antworten nicht aus den Fragen ab, noch gibt es Antworten, die nichts mit der Frage zu tun haben. Es setzt Fragen und Antworten, Situation und Botschaft, menschliche Existenz und göttliche Selbstoffenbarung in Korrelation.»⁴

Die politische Praxis der christlichen Gemeinde ist also in dauernder Verbindung zu sehen mit der Sache Jesu und der Analyse der Gegenwartssituation. Man könnte dies gewissermaßen als magisches Dreieck bezeichnen: Die politische Praxis stellt Fragen an die Sache Jesu. Diese gibt bestimmte Perspektiven für die gesellschaftliche Analyse. Aus dieser ergeben sich Konsequenzen für die Praxis usw. Zwischen allen drei Elementen muß es zu einem permanenten Dialog kommen, alle drei Elemente müssen gegenseitig kritisch befragt werden.

Unsere Frage nach der Verbindlichkeit des politischen Engagements der christlichen Gemeinde kann nun – wenigstens prinzipiell – beantwortet werden. In den Fällen, wo die Menschenrechte direkt mit Füßen getreten, wo bestimmte gesellschaftliche Strukturen direkt der Sache Jesu widersprechen, kann die christliche Gemeinde gar nicht anders, als alles nur Menschenmögliche und Zumutbare zu tun, um den Menschen durch ihr politisches Engagement zu helfen. Hier entsteht auch eine unbedingte Verbindlichkeit für alle Gemeindeglieder. Hier wäre zu denken an Fälle wie offenkundige Rassendiskriminierung, Folter, Hunger, Menschen- und Völkermord.

In den Fällen, wo sich das politische Tun der christlichen Gemeinde nicht so eindeutig und so direkt aus der Sache Jesu ergibt, sondern vielmehr sich aus einer Analyse der Gegenwartssituation, der bisherigen Praxis der Gemeinde und den Impulsen, Perspektiven und Motivationen der christlichen Botschaft ergibt, wird auch die unbedingte Verbindlichkeit für alle Gemeindeglieder abnehmen bzw. nur in dem Maße gelten, wie die vorgebrachten Argumente für ein bestimmtes politisches Engagement sie überzeugt. Das bedeutet in keiner Weise eine Freigabe in die Beliebigkeit hinein, wohl aber die Respektierung des Gewissens des einzelnen. Welche Konsequenzen dies für die Minderheiten in der Gemeinde hat, davon wird noch die Rede sein.

4. *Formen des politischen Engagements der christlichen Gemeinde*

Die Praxis des politischen Engagements der christlichen Gemeinde wird immer sehr vielgestaltig sein. Nicht nur die verschiedenen gesellschaftlichen Situationen erfordern eine jeweils andere Antwort. Auch das Subjekt wird verschieden sein. Idealtypisch sei hier auf verschiedene Möglichkeiten hingewiesen.

Eine erste selbstverständliche Form besteht in dem persönlichen politischen Engagement einzelner Gemeindeglieder in den verschiedensten politischen Institutionen aus christlicher Motivation. Dieses politische Tun des einzelnen Christen in Zusammenarbeit mit anderen Mitbürgern, auch Nichtchristen, und anderen Gruppen in politischen Parteien, Gewerkschaften usw., geschieht natürlich in Verantwortung und auf Risiko des einzelnen Christen. Insofern er aber Glied der Gemeinde ist, in der Gemeinde Impulse, Perspektiven und Motivationen aufgrund der Botschaft Jesu Christi für sein politisches Tun erhält, ist auch dieses Tun im Zusammenhang mit der Gemeinde zu sehen. Es ist zu wünschen, daß innerhalb der Gemeinde auch die Gelegenheit geboten wird, daß der einzelne die Probleme seines persönlichen politischen Tuns erörtern kann, daß dieses auch kritisch in Frage gestellt wird von anderen Gemeindegliedern, daß er durch Rat und Tat Hilfe erfährt für seine persönliche politische Praxis.

Es muß in der christlichen Gemeinde auch möglich sein, daß Gemeindeglieder, die sich in verschiedenen, ja sich politisch bekämpfenden Parteien einsetzen, in der Gemeinde sich zusammenfinden im Mühen um ein immer besseres Verständnis und eine immer adäquatere Verwirklichung der christlichen Botschaft und in der gemeinsamen Eucharistiefeier. Gerade hier muß die christliche Gemeinde unter Beweis stellen, daß sie die Versöhnung nicht nur in Worten betreibt, sondern sie auch in der Gesellschaft verwirklicht. Die christliche Gemeinde könnte so exemplarisch vorleben, wie man bei allem politischen Kampf sich dennoch in derselben Gemeinde brüderlich vereint.

Eine zweite Form des politischen Engagements von Christen stellen Impulsgruppen von Christen dar, die sich entweder zu einer ganz bestimmten politischen Aktion zusammenfinden oder die längerfristig bestimmte politische Ziele verfolgen. In diesen können sich Christen einer bestimmten Gemeinde oder mehrerer Gemeinden, auch einer bestimmten Gegend oder eines bestimmten Landes zusammenfinden. Diese Impulsgruppen sind als solche nicht identisch mit der christlichen Gemeinde. Da die Mitglieder dieser Gruppen entweder alle oder zum größeren Teil Christen sind, vielleicht sich auch so benennen, auf jeden Fall aber sich der christlichen Botschaft verpflichtet wissen, werden sie auch zu Recht von der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit der christlichen Gemeinde, ja mit der Kirche eines Ortes oder eines Landes gesehen und an christlichen Kriterien gemessen. Die

Impulsgruppe wird sich dieser Verantwortung bewußt sein. Sie macht die Kirche, ohne daß sie ein kirchenoffizielles Mandat hat, in der Öffentlichkeit präsent, sowie dies – wenn auch in geringerem Maße – bei dem politischen Engagement des einzelnen Christen der Fall ist.

Hier bei dem politischen Engagement einzelner Christen wird sich die Kirche selbst wie auch die Öffentlichkeit noch mehr als in der Vergangenheit daran zu gewöhnen haben, daß einzelne Christen und Impulsgruppen aus christlichen Motivationen politisch handeln und sich gegenseitig politisch bekämpfen. Es gibt nun einmal in den meisten Fällen konkreten politischen Handelns nicht *das* christliche Programm, *die* christliche Lösung schlechthin, sondern es ist durchaus möglich, daß einzelne Christen oder einzelne christliche Impulsgruppen bei der Lösung konkreter politischer Fragen aus christlicher Motivation heraus zu konträren politischen Konsequenzen kommen. Dies hängt einerseits damit zusammen, daß man die gesellschaftliche Situation und ihre Bedürfnisse und vor allem die Wege zur Lösung politischer Probleme anders beurteilt. Es ist aber auch möglich, daß die Interpretation der christlichen Botschaft auf die konkrete Situation hin von verschiedenen Christen verschieden ausfällt. Wichtig ist in solchen Fällen, daß die Christen oder Impulsgruppen, die unterschiedlich über politische Aktionen denken, sich nicht gegenseitig verketzern und ihre eigene konkrete politische Lösung nicht als die christliche Lösung schlechthin ansehen, sondern versuchen, in gegebenenfalls auch harten Auseinandersetzungen ihre gegensätzlichen Standpunkte einander anzunähern und vor allem das betreffende politische Problem so zu lösen, daß möglichst vielen Menschen dabei wirksam geholfen wird. Hier gilt, daß solchen Konflikten zwischen Christen oder christlichen Gruppen nicht ausgewichen werden darf, daß sie nicht verschleiert werden dürfen, sondern ausgetragen werden müssen. Dann können solche Konflikte ein dynamisches Element bilden nicht nur im Hinblick auf die betreffende, umstrittene politische Aktion, sondern auch für das Leben der christlichen Gemeinde bzw. der Kirche selbst.⁵ Und gerade in der Bewältigung solcher Konflikte müßte sich herausstellen, ob die Christen hier so etwas wie einen spezifischen christlichen Stil der Konfliktlösung entwickeln.

Gerade solchen christlichen politischen Impulsgruppen kommt in Kirche und Gesellschaft eine große Bedeutung zu. Zum einen können sie dann, wenn ihr politisches Handeln gelingt und sie ihr

politisches Ziel erreichen, damit zur Vermenschlichung der Gesellschaft beitragen. Zum anderen aber können sie dadurch die Kirche von neuem in der Gesellschaft präsent machen und der Kirche zu einer neuen Glaubwürdigkeit verhelfen. Sie können aber darüber hinaus auch der christlichen Gemeinde einen wertvollen Dienst erweisen, indem sie durch ihre Praxis deutlich machen, daß die Sache Jesu politische Konsequenzen hat und haben muß. Mit anderen Worten: Sie können den politischen Bewußtseinsbildungsprozeß in den christlichen Gemeinden beeinflussen und ihm dienen. Sie können vor allem jene Parteilichkeit der Christen, besonders zugunsten der unterprivilegierten Schichten der Gesellschaft unter Beweis stellen und dadurch so etwas wie das unruhige Gewissen der Gemeinde und der Gesellschaft im Hinblick auf die Verantwortung für die entrechteten Menschen bilden.

Auf eine dritte Form des politischen Engagements der christlichen Gemeinde, von der weiter oben schon die Rede war, sei hier noch einmal kurz hingewiesen. Dann nämlich, wenn in der Gesellschaft zum Himmel schreiende Unmenschlichkeiten hingenommen werden, wenn die Rechte und Würde von Menschen so eklatant verletzt werden, gibt es für eine christliche Gemeinde gar keine andere Wahl, als zu reagieren und sei es nur in Form eines Protestes, um durch das Verschweigen solcher ungerechter Zustände nicht mitschuldig zu werden. In solchen Fällen ist die Gemeinde als Gemeinde aufgerufen etwas zu tun, und kein Gemeindeglied wird sich davon distanzieren können, wenn es sich weiterhin auf Jesus Christus berufen will.

Die Problematik des politischen Engagements der christlichen Gemeinde spitzt sich aber dann zu, wenn dieser Zusammenhang zwischen der christlichen Botschaft und dem politischen Tun sich nicht unmittelbar ergibt. Hier liegt der Kern des Problems. Kann eine christliche Gemeinde als Gemeinde über die bisher behandelten Fälle hinaus positiv aktiv werden?

Mir scheint, daß es keine triftigen Gründe gibt, die eine solche Art des politischen Engagements der christlichen Gemeinde als Gemeinde ausschließen. Wenn man Ernst macht damit, daß die Sache Jesu politische Konsequenzen gehabt hat, de facto auch heute hat und auch haben muß, wenn sich die Gemeinde in der Nachfolge Jesu Christi versteht, wenn man bedenkt, daß auch eine politische Neutralität der Gemeinde – falls es so etwas überhaupt gibt – von großer politischer Relevanz ist und

wenn man weiter davon ausgeht, daß jede Wahrheit, vor allem aber die christliche Wahrheit, konkret zu sein hat, wenn sie nicht Gefahr laufen will, unwahrhaftig und damit auch falsch zu werden, dann wird man die Möglichkeit eines konkreten politischen Engagements einer christlichen Gemeinde unter bestimmten Voraussetzungen als legitim bezeichnen können. Die wichtigste Voraussetzung für eine solche politische Praxis der Gemeinde bildet allerdings die Demokratisierung der Gemeinde.

5. Demokratisierung als Voraussetzung

Wenn hier die Demokratisierung der christlichen Gemeinde zur Debatte steht, dann ist damit nicht gemeint, daß irgendein Demokratiemodell aus dem staatlichen Bereich unkritisch auf die Kirche übertragen wird. Vielmehr wird dieser Begriff gebraucht zur Kennzeichnung eines Prozesses, in dessen Verlauf immer mehr bestimmte Grundsätze, Haltungen, Verhaltensweisen, Strukturen und Rechtsformen sich durchsetzen, welche dazu dienen, die Entfremdung des Menschen zu überwinden, vor allem Herrschaft von Menschen über Menschen in rationale Machtausübung zu überführen und so den Menschen zu Freiheit und Glück zu verhelfen.⁶

Wenn hier behauptet wird, daß eine Demokratisierung der Gemeinde Voraussetzung für ein politisches Engagement dieser Gemeinde ist, dann ist damit ein wichtiger Aspekt von Demokratisierung ins Auge gefaßt. Die Gemeinde kann sich als Gemeinde nur dann konkret politisch engagieren, wenn diesem politischen Tun ein intensiver politischer Bewußtwerdungsprozeß, ein Meinungsbildungsprozeß und ein demokratischer Entscheidungsprozeß vorausgegangen ist. Hier ist ein entscheidender Punkt, in dem sich christlicher Integralismus traditioneller Art und das hier in Frage stehende politische Engagement der Gemeinde unterscheidet. Dort war es ein kirchlicher Amtsträger oder ein Gremium von kirchlichen Amtsträgern, die entschieden haben, welche politischen Aktionen die Katholiken zu unterstützen, für welche Partei sie sich einzusetzen, welche Abgeordneten sie zu wählen haben. Hier handelt es sich darum, daß eine christliche Gemeinde zusammen mit ihrem ordinierten Gemeindeleiter über eine gemeindliche Öffentlichkeit verfügt, in der ein politisches Bewußtsein entsteht, eine bestimmte Situation analysiert und beurteilt, notwendige Informationen zusammengetragen, politische Probleme

diskutiert und dann gemeinsam eine Entscheidung getroffen wird. Konkret bedeutet dies, daß Voraussetzung für eine politische Praxis der Gemeinde Gemeindeversammlungen sind, auf denen politische Probleme diskutiert werden, Arbeitskreise existieren, die analysieren und Informationen sammeln, demokratisch gewählte repräsentative Gremien bestehen, die solche Entscheidungen vorbereiten und zum Teil auch selbst entscheiden, eine Gemeindeleitung, die nicht autoritär über die Gemeinde verfügt, sondern gemeinsamen Entscheidungen den Weg bereitet.

Die Tatsache, daß ein solcher Demokratisierungsprozeß in vielen unseren Gemeinden noch in den Anfängen steckt und noch gar nicht begonnen hat, sollte uns nicht den Blick dafür verstellen, wie notwendig ein solcher Demokratisierungsprozeß der Gemeinde ist, wenn sie in einer Gesellschaft, die sich im Prozeß der Fundamentaldemokratisierung befindet, bestehen und ihre Aufgaben erfüllen will. Nur in dem Maße aber, in dem eine solche Demokratisierung der Gemeinde geschieht, kann und darf sich ein politisches Engagement der Gemeinde vollziehen. Denn eine Gemeinde, die autoritär geleitet wird, findet schwerlich zu einem politischen Bewußtsein, es sei denn zu einer politischen Ideologie, die auf jeden Fall den Status quo rechtfertigen will. Aber auch nur eine Gemeinde, die in einem Entscheidungsprozeß – vielleicht nach harten Auseinandersetzungen – eine gemeinsame politische Entscheidung getroffen hat, ist auch wirklich legitimiert, als Gemeinde sich dann in dieser Hinsicht zu engagieren.

Nun kann aber die Frage nicht länger ausgeklammert werden, wie es sich mit irgendwelchen Minderheiten in der Gemeinde verhält, die in einem Entscheidungsprozeß in Fragen des politischen Engagements unterlegen sind. Dieses Problem ist generell wohl nicht zu lösen. Als formaler Grundsatz wird man daran festhalten müssen: Je gewichtiger die Entscheidung, die zu treffen ist, desto größer muß die Mehrheit sein. Um zu konkretisieren, was hier gemeint ist: Die Frage, ob eine Gemeinde sich ein neues Glockengeläute zulegt oder dieses Geld für Gasterbeiterwohnungen ausgibt, kann wohl mit einer einfachen Mehrheit entschieden werden, und die unterlegene Minderheit wird sich nach demokratischem Brauch damit abzufinden haben. Ob aber eine Gemeinde als Gemeinde sich mit den Streikenden eines Betriebes solidarisiert und die Streikenden finanziell und ideell unterstützt oder ob eine Gemeinde bei einer entscheidenden politischen Wahl oder Abstimmung für diese

oder jene Seite Partei ergreifen soll, das kann nicht mit 51 gegen 49 Stimmen entschieden werden. Falls eine Gemeinde sich entschließt, zu solchen wichtigen politischen Fragen Stellung zu nehmen, dann muß eine qualifizierte Mehrheit, wenn nicht gar eine quasi Einmütigkeit vorhanden sein. Andernfalls muß sie sich von neuem in internen Diskussionen um eine Einigkeit mühen oder notfalls sich an diesem Punkt von einem politischen Engagement distanzieren.

Eine unterlegene Minderheit wird es auf jeden Fall leichter haben trotz ihrer andersgearteten politischen Entscheidung, Glied der Gemeinde zu bleiben, wenn für die Gemeinde wie für die Öffentlichkeit klar ist, daß eine getroffene politische Entscheidung der Gemeinde zwar aus christlicher Motivation heraus erfolgt ist, aber nicht *die* christliche Lösung des Problems darstellt. Die Gemeinde setzt sich für eine konkrete politische Aktion ein. Sie behauptet aber nicht, daß jeder Christ es so wie sie tun müsse. Zum anderen besteht ja immer auch die Möglichkeit, daß ein Gemeindeglied oder eine Gruppe von Gemeindegliedern, die sich auf die Dauer in ihrer Gemeinde frustriert fühlen, Glied einer anderen Gemeinde werden.

Die Problematik des politischen Engagements der christlichen Gemeinde als Gemeinde ist dort nicht so groß, wo es sich um nicht territoriale Gemeinden handelt, sondern um Gemeinden, die sich nach anderen Gesichtspunkten, vielleicht sogar nach politischen Präferenzen konstituiert haben. Es hat den Anschein, als würden solche nicht territorialen Gemeinden, oft auch Basisgemeinden genannt, eine wachsende Bedeutung erhalten. Da sich in solchen Gemeinden Menschen zusammenfinden, die nicht einfach durch die Tatsache ihres Wohnortes, sondern aufgrund anderer Kriterien wie durch den gemeinsamen Beruf, persönliche Neigung, politische Interessen usw. Gemeinde wurden, ist eine Einigung in politischen Fragen oft leichter zu erreichen, der Übertritt in eine andere Gemeinde auch problemloser.

6. Spezifischer Charakter des christlichen Engagements

Wenn hier von einem spezifischen Charakter dieses politischen Engagements der christlichen Gemeinde die Rede ist, so ist damit nicht gemeint, daß bestimmte Einsichten und Grundverhaltensweisen nur den Christen zu eigen seien. Vielmehr soll hier ohne Anspruch auf Vollständigkeit auf einige charakteristische Züge der politischen Praxis von

Christen hingewiesen werden, die sich aus der christlichen Botschaft ergeben. Wenn sich Christen darin mit Nichtchristen einig sind, um so besser.

Das politische Engagement des Christen lebt vom Vertrauen in den Menschen. Dieses Vertrauen kann und wird enttäuscht werden, berechtigt den Christen aber nicht, von vornherein in seinem Verhalten mißtrauisch zu sein. Das schließt Klugheit und Vorsicht nicht aus. Aber der Christ geht davon aus, daß der andere, mit dem er es zu tun hat, zur Einsicht in das Richtige kommen kann, daß er umkehrfähig ist. So wenigstens hat sich Jesus von Nazareth verhalten.

Der Christ läßt dem anderen Zeit. Er zwingt ihn nicht, er vergewaltigt ihn nicht. Er bittet den anderen darum, sich gleich ihm auf die Sache Jesu einzulassen und daraus politische Konsequenzen zu ziehen. Deshalb hat die politische Praxis des Christen einen Einladungscharakter an die anderen.

Der Christ, dem es mit seinem politischen Tun ernst ist um die Nachahmung der Gesinnung Jesu, tut nichts ohne den Angeredeten, ohne den Betroffenen. Er handelt nicht über seinen Kopf hinweg, ohne seine Zustimmung, gegen seinen Willen. Mag der andere noch so sehr ein falsches Bewußtsein haben, er wird ihn nicht zu seinem Glück zwingen: aus Achtung vor dem anderen Menschen. Gerade an diesem Punkt wird sich das politische Tun des Christen wohl am ehesten unterscheiden von dem des Marxisten oder zumindest bestimmter marxistischer Bewegungen. Wenn Gott die Freiheit des Menschen so sehr achtet, daß er ihm die Freiheit zur Sünde gibt, wird der Mensch auch die Freiheit des anderen achten müssen, selbst wenn er davon überzeugt ist, daß er diese Freiheit mißbraucht.

In seinem politischen Engagement ist der Christ kein fanatischer Verfechter der absoluten Zukunft. Er weiß sich der Verantwortung bewußt, daß er alle seine Kräfte einsetzen muß für eine Vermenschlichung dieser Welt. Dennoch kann er auch mit einer gewissen Gelassenheit ans Werk gehen, weil er weiß, daß die Vollendung dieser Welt seine und seiner Mitmenschen Kräfte übersteigt und von einer größeren Wirklichkeit als ihm, der er vertrauen darf, gewährt wird. Man könnte diese Haltung eine gelassene Engagiertheit oder eine engagierte Gelassenheit nennen. Deshalb läßt der Christ auch den ersten Schritt gelten, freut sich auch über Teilerfolge, ja feiert sie.

Das politische Engagement der Christen muß unter Beweis stellen, daß Parteilichkeit für die Marginalisierten ohne Narzißmus und ohne Gruppenegoismus möglich ist. Das Ziel kann nicht

sein, ein Establishment durch ein anderes zu ersetzen, an die Stelle der Diktatur der Etablierten die Diktatur des Proletariates zu setzen, sondern ihm muß daran liegen, dem einzelnen Benachteiligten und den Gruppen von Unterprivilegierten zu helfen, gleichwertige Partner in der Gesellschaft zu werden, Herrschaftsausübung von Menschen über Menschen überhaupt zu eliminieren.

Die politische Praxis der Christen muß prinzipiell durch Gewaltlosigkeit gekennzeichnet sein. Eine andere Konsequenz wird man aus dem Verhalten und den Worten Jesu nicht ziehen können. Das bedeutet keine Verurteilung zum Nichtstun, kein Alibi für ein schicksalhaftes Hinnehmen der Unterdrückung. Aber der entschiedene Einsatz, die gewaltfreie Provokation entspricht sicher eher der Gesinnung Jesu als der bedenkenlose Einsatz von Gewalt. Das bedeutet wiederum nicht, daß es nicht Grenzfälle gibt, in denen als ultima ratio auch der Christ sich gezwungen sieht, zu revolutionärer Gewalt zu greifen. Papst Paul VI. hat dies in seiner Enzyklika «*Populorum progressio*» nicht ausgeschlossen: «Jeder revolutionäre Aufstand – ausgenommen im Fall der eindeutigen und lange dauernden Gewaltherrschaft, die die Grundrechte der Person schwer verletzt und dem Gemeinwohl des Landes schwer schadet – zeugt neues Unrecht» (Nr. 21). Und in dem «Plädoyer für die Dritte Welt», einer Erklärung von 15 katholischen Bischöfen heißt es: «Nicht alle Revolutionen sind notwendigerweise gut... Aber die Geschichte zeigt, daß bestimmte Revolutionen notwendig waren, um sich von ihren antireligiösen Elementen zu trennen, und gute Früchte getragen haben.»⁷ Wenn die Christen aber Gewalt gebrauchen zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele, dann kann es sich nur um den allerletzten Ausweg handeln. Die Christen müssen wissen, was sie damit tun, daß sie damit eine ungeheure Verantwortung auf sich nehmen, daß dadurch neues menschliches Leid entsteht, und sie müssen sich der Schuldfrage stellen. Gewaltanwendung kann nur der alleräußerste Grenzfall der Möglichkeiten sein.

Der Christ muß sein politisches Tun immer wieder selbstkritisch in Frage stellen. Immer wieder muß er sich fragen, ob seine Zielvorstellungen richtig sind, ob die gewählten Methoden der Situation und der Sache Jesu entsprechen, ob sie wirksam waren, ob der gewünschte Erfolg eingetreten ist. Er wird sich auch immer wieder von anderen in Frage stellen lassen. Er wird sich nie totalitär auf ein bestimmtes Nahziel, auf die von ihm gewählte Methode festlegen. In einer Art Dauerreflexion

wird er sich und den anderen gegenüber immer von neuem Rechenschaft geben und so flexibel sein, einen als falsch oder unwirksam erwiesenen Weg aufzugeben. So erhält die politische Praxis des Christen den Charakter des Experimentierens, ohne der Belieblichkeit zu verfallen. In diesem Sinne ist der Christ auch zu kalkuliertem Risiko bereit. Deshalb wird er auch nicht einer ewigen Grundsatzreflexion verfallen und darüber die Praxis vergessen.

Der Christ muß in seinem politischen Engagement koalitionsfähig und koalitionswillig sein. Die Zusammenarbeit mit einzelnen und Gruppen von Christen oder von christlichen Gemeinden einer anderen Konfession wird ihm zur Selbstverständlichkeit werden. Darüber hinaus ist er zur Zusammenarbeit mit Nichtchristen bereit, wenn eine Konvergenz in den Zielvorstellungen und in den Methoden der politischen Praxis besteht. Es kann nicht seine Art sein, um einer Profilneurose willen eine Aktion allein unternehmen zu wollen, wenn die Zusammenarbeit mit anderen mehr Durchschlagskraft und Erfolg verspricht.

Entscheidend wird immer sein, ob das politische Engagement der christlichen Gemeinde in dieser oder jener Form den Erfordernissen der jeweiligen Situation, den Bedürfnissen der Menschen, um die es geht, und dem Geiste Jesu Christi entspricht. Ob dies jeweils der Fall ist, wird man nie ein für alle Male, sondern immer nur von Fall zu Fall je neu entscheiden können.

7. Politischer Lernprozeß der Gemeinde

Damit es zu einem solchen politischen Engagement der christlichen Gemeinde kommt, ist in vielen Fällen ein langwieriger Lernprozeß notwendig. Lernen heißt, sich verändern durch Erfahrung und Einsicht. Beides ist notwendig. Wichtig ist die Einsicht für die Gemeinde, daß Verwirklichung des christlichen Glaubens nicht in einer Sonderwelt neben dem Leben der Menschen geschehen kann. Hier hat die Verkündigung im weiten Sinne des Wortes, angefangen von der Kinderkatechese über die Erwachsenenbildung bis hin zu den Massenmedien, eine wichtige Aufgabe. Noch wichtiger aber ist es, daß die Gemeinde Erfahrungen macht und diese im Lichte ihres Glaubens reflektiert. Hier kommt es darauf an, bei den Primärerfahrungen der Gemeindeglieder anzusetzen: Bei der Not und den Bedürfnissen der Alten, der Kranken, der kinderreichen Familien, der Ausländer, der entlassenen Gefangenen, der Süchtigen, der ledigen

Mütter usw. Einer solchen Hilfe gegenüber Gemeindegliedern oder anderen Menschen in der Gesellschaft, in die die Gemeinde hineingebunden ist, wird sich keine christliche Gemeinde entziehen können. Dabei wird man sehr bald die Erfahrung machen, daß zwar eine Hilfe face to face unerlässlich ist, vielleicht in Zukunft noch notwendiger sein wird, daß aber in sehr vielen Fällen eine Hilfe auf Dauer nur dann wirksam ist, wenn bestimmte Strukturen verändert werden, wenn der Not institutionell begegnet wird. Das aber ist nur durch politisches Tun möglich. Sicher ist es notwendig und sinnvoll, dem Kind eines ausländischen Arbeitnehmers Nachhilfeunterricht zu geben, damit es in der Schule mitkommt und ihm dadurch eine berufliche Aufstiegsmöglichkeit gegeben wird. Gleichzeitig aber ist es wichtig, strukturelle Maßnahmen zu ergreifen, daß die ausländischen Arbeitnehmer, wenn sie es wünschen, Möglichkeiten zur Integration in die Gesellschaft erhalten.

Ein solcher politischer Lernprozeß der Gemeinde, der bei alltäglichen Erfahrungen der Not von Mitmenschen und möglicher Hilfe einsetzt, ist viel wirksamer als eine rein theoretische Auseinandersetzung. Hier kann learning by doing geschehen. Natürlich muß dann eine theoretische Auseinandersetzung mit den gestellten Problemen hinzukommen. Dafür muß aber zunächst die notwendige Motivation geschaffen werden durch die gewonnenen Erfahrungen.

Wichtig in diesem Lernprozeß der Gemeinde ist auch die Frustrationstoleranz. Wer rein utopisch an die gestellten Aufgaben herangeht, wer sich illusorische Ziele vornimmt, wird bald aufgeben. Frustrationstoleranz bedeutet nicht kismethafte Anpassung und ein Sichzufriedengeben, sondern bedeutet die Einsicht, daß die Frustration zur condition humaine dazugehört und, falls sie bewältigt wird, zu einem neuen Stimulanz für einen neuerlichen, effektiveren Einsatz werden kann. Frustrationstoleranz bedeutet, daß man von vornherein auf Fehlschläge und Mißerfolge gefaßt ist und sich dadurch nicht von der vorgenommenen Aufgabe abbringen läßt.

Gerade solche politische Aktionen im Bereich der Primärerfahrungen geben aber auch die Möglichkeit, wenigstens von Zeit zu Zeit gewisse Erfolgserlebnisse zu vermitteln, vor allem dann, wenn man – wenigstens am Anfang – die Ziele nicht zu hoch ansetzt. Beides – die Erfolgserlebnisse und die Frustrationstoleranz – sind wichtige Faktoren in dem politischen Lernprozeß, der sich in einer Gemeinde vollzieht.

Schluß

Die Kirche wird heute und morgen nur dann eine neue Glaubwürdigkeit erreichen, wenn sie sich ganz entschieden von einer ideologischen Rechtfertigung der sozialen Ungerechtigkeiten lossagt und sich in der Nachfolge Jesu Christi um das umfassende Heil der Menschen sorgt und entschieden Partei ergreift für die Unterprivilegierten. Dafür ist das politische Engagement der christlichen Gemeinde notwendig. Wenn die das tut, wird sie keinen Macht- und Einflußgewinn für sich buchen können. Sie wird von den Herrschenden beschimpft und bedrängt und verfolgt werden. Sie wird sich dann aber in keiner schlechten Gesellschaft befinden, weil Jesus selbst sich in diese sogenannte schlechte Gesellschaft begab.⁸

Daß ein solches politisches Engagement der Kirche möglich und notwendig ist, beweist die Dokumentation der peruanischen Bischofskonferenz «Für eine gerechte Welt». Darin heißt es: «Die

peruanische Kirche befindet sich in einem Land, das an einem historischen Wendepunkt steht, an dem das Volk entschlossen ist, eine gerechtere Gesellschaft aufzubauen... Angesichts dieser Situation entstehen in der christlichen Gemeinschaft Parteinahmen zugunsten der Unterdrückten, indem man sich mit ihren Problemen, ihren Kämpfen und ihren Erwartungen identifiziert. Für viele Christen wird dieses Engagement durch eine Theologie erleichtert, die vom Glauben her diese Wirklichkeit als einen Zustand der Sünde und Mißachtung der Pläne Gottes betrachtet und die zu einem Engagement für die Befreiung als eine Antwort auf den Anruf des Herrn drängt, die Geschichte aktiv zu gestalten. Die Kirche entdeckt, daß sie durch ihre Präsenz unausweichlich in die Politik verwickelt ist und daß sie das Evangelium in einer Situation der Unterdrückung nicht verkünden kann, ohne vorher die Gewissen mit der Botschaft Christi als des Befreiers wachgerüttelt zu haben.»⁹

NORBERT GREINACHER

geboren am 26. April 1931 in Freiburg im Breisgau, 1956 zum Priester geweiht. Er studierte in Freiburg i. Br., Paris und Wien, promovierte 1955 in Theologie und ist Professor für Pastoraltheologie an der Universität Tübingen. Er veröffentlichte u. a.: Die Kirche in der städtischen Gesellschaft (Mainz 1966), Bilanz des deutschen Katholizismus (Mainz 1966), Soziologie der Pfarrei (Freiburg 1955), Die deutsche Priesterfrage (Mainz 1961), Regionalplanung in der Kirche (Mainz 1965), Zugehörigkeit zur Kirche (Mainz 1964), Priestergemeinschaften (Mainz 1960), Die Funktion der Theologie in Kirche und Gesellschaft (München 1969), In Sache Synode (Düsseldorf 1970).

¹ Ausgewählte Werke I (Stuttgart 1957) 412; vgl. D. Sölle, Die Wahrheit ist konkret (Olten 1967).

² Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie: K. Marx, Werke, Schriften, Briefe I (Stuttgart 1962) 497.

³ Diakonia 3 (1972) 120–128, hier 122.

⁴ P. Tillich, Gesammelte Werke V (Stuttgart 1964) 142.

⁵ Vgl. I. Hermann, Konflikte und Konfliktlösungen in der Kirche: Concilium 8 (1972) 206–212.

⁶ Vgl. Heft 3/1971 von Concilium über «Demokratisierung der Kirche».

⁷ Zit. nach T. Rendtorff und H. E. Tödt, Theologie der Revolution (Frankfurt 1968) 157–163, hier 158.

⁸ Vgl. A. Holl, Jesus in schlechter Gesellschaft (Stuttgart 1971).

⁹ Diakonia 3 (1972) 120–128, hier 120 und 122.

Hugo Assmann

Politisches Engagement aus der Sicht des Klassenkampfes

In der Reflexion, die gewisse Christengruppen Lateinamerikas im Zusammenhang mit ihrer politischen Praxis anstellen, ist heute viel von «Klassenkampf» die Rede. Das konkrete Ziel des vorliegenden kurzen Aufsatzes ist es, einige charakteristische

Aspekte und einzelne entscheidende Gründe dieses Phänomens summarisch zu analysieren. Wir denken dabei vor allem an diejenigen Christengruppen, die den Hauptharst der vierhundert Teilnehmer am ersten lateinamerikanischen Kongreß der «Cristianos por el Socialismo» gestellt haben und die sich mit den Grundlinien dieses Kongresses identifizieren.¹ Von diesem zentralen Bezugsrahmen aus wird zuweilen auch die sehr verbreitete, aber auch mehrdeutige Rede von der «Befreiung» in das Untersuchungsfeld miteinbezogen werden als politisches Korrelat zu der gesellschaftsanalytischen Sprache, die um die postevolutionäre Kategorie der «Dependenz» kreist. Da die besagten Gruppen sich ganz klar bewußt sind, daß sie innerhalb der